



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Paul Wengert
Postfach

86150 Augsburg

Kontakt:
Johanna Corniels
Email: vvn_augsburg@web.de

30.9.2004

Nachrichtlich an:

DGB Augsburg, c.o. Helmut Jung
Bündnis für Menschenwürde, c.o. Heinz Paula
Forum solidarisches und friedliches Augsburg, c.o. Dr. H.Munding

Antifaschismus ist auch eine kommunale Aufgabe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Wengert,

zum 9. Oktober 2004 ruft eine Kooperation aus *Freie Kameradschaften in Schwaben*, *Augsburger Bündnis - Nationale Opposition*, *Widerstand Süd* und *NPD Augsburg* zu einer Nazidemonstration mit Abschlusskundgebung auf. Wie schon am 1. Mai 2001, als die NPD in Augsburg unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ marschierte, versuchen die Faschisten an legitime Proteste gegen eine unsoziale Politik anzuknüpfen, und diese im Sinne ihrer eigenen Ideologie zu nutzen.

Bei dem Aufruf zur Demonstration am 9.10. in Augsburgⁱ heißt es:

„ [...] Demokratie ist Volksherrschaft, der Transport des Volkswillens von unten nach oben. Insofern beschränkt sich Demokratie in Deutschland auf wenige originäre Ereignisse, die einen Systemwechsel herbeiführten oder dies wenigstens versuchten (z.B. 1933, 1953, 1968, 1989).“

Damit wird die Machtübernahme des Nationalsozialismus 1933 als „ein demokratisches Ereignis“ beschrieben. Ist dies freie Meinungsäußerung oder Verharmlosung der tatsächlichen Geschichte? Wenn die nationalsozialistische Machtergreifung als eine der wenigen Sternstunden der deutschen Demokratie dargestellt wird, handelt es sich eigentlich um Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Neben diesem Aufruf wird im Internet auf den Seiten von *Demokratie direkt* mit weiteren Aufrufen für diese Demonstration geworben. Inhaltlich mit unseres Erachtens eindeutig Ausländer verhetzendem Charakter. Als Oberbürgermeister dieser Stadt sollten Sie an vorderster Stelle in der Abwehr gegen diese menschenverachtenden Positionen stehen:

Das Berliner Holocaust-Mahnmal wird als „monströs“ verächtlich gemacht und die Verbrechen des Nationalsozialismus werden geleugnet als „angebliche[n] Gräueltaten der Väter“. Ferner wird übelste Hetze gegen MigrantInnen betrieben: „Durch massenhafte Zahlungen an Volksfremde werden die Sozialsysteme zerbrechen.“ Den „Volksfremde[n]“ wird „Enteignung der Durchschnittsbürger und deren Familien“ sowie „Massenarmut, vor allem von Erwerbslosen, Frauen und Kindern“ angelastet.ⁱⁱ

In einem weiteren Aufruf zur Augsburger Demonstration ergänzt *Demokratie direkt*, was mit den „Volksfremde[n]“ zu geschehen habe: „Wir fordern die Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimat. Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche.“ⁱⁱⁱ

Wir weisen darauf hin, dass einige Drahtzieher der geplanten Nazi-Demonstration wegen eines ähnlichen Deliktes in Augsburg bereits verurteilt wurden – auf Ihre Anzeige hin, soweit wir wissen. Die „Aktion

Ausländerrückführung – Für ein lebenswertes deutsches Augsburg“ brachte Wuttke, Saur und Teufel im Jahre 2003 bereits 70 Tagessätze wegen Aufruf zu Hass, Gewalt und Willkür gegen Ausländer und damit wegen Störung des öffentlichen Friedens.^{iv} Soweit wir wissen, hat Teufel, Kreisvorsitzender der *NPD Augsburg*, die Demonstration am 9.10. angemeldet. Wuttke ist führendes Mitglied von *Demokratie direkt*, Saur ist führendes Mitglied des *Augsburger Bündnis - Nationale Opposition*. Wir fragen: Wird diesen Rechtsextremen nun eine Demonstration für die gleichen Ziele genehmigt, für die sie in der gleichen Stadt bereits rechtskräftig verurteilt wurden!?

Wir fordern Sie deshalb auf, alles in ihrem Befugnisbereich liegende zu unternehmen, dass eine derartige Demonstration in Augsburg nicht stattfinden kann, auch wenn auf gerichtlichem Wege nicht immer ein Erfolg eintreten wird. Beispiele aus anderen Kommunen zeigen aber auch, dass die Gerichte auch Verbote bestätigen.^v

Wie die Rechtsprechung des OVG NRW zeigt, bedeutet das vom Verfassungsgericht seinerzeit nicht ausgesprochene NPD Verbot nicht, dass somit alle rechtsextremistisch ausgerichteten Organisationen die Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen können, die unser Grundgesetz uns gibt.^{vi}

Wir protestieren daher energisch gegen die Zulassung der von der *Nationalen Opposition* angemeldeten Demonstration am 9.10.2004. Eine solche Zulassung ist der Stadt Augsburg insbesondere in ihrem Verständnis als Friedensstadt unwürdig und entspricht nicht dem Demokratieverständnis der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger.

Sollte sich ein Verbot nicht erwirken lassen, so wäre eine solche Initiative der Stadt dennoch sehr ermutigend für den öffentlichen Widerstand. Ein wichtiges Zeichen der Stadtverwaltung für eine breite Mobilisierung wäre ja gesetzt. In diesem Fall kann nur das Auftreten vieler Augsburger und Augsburgerinnen eine Demonstration von Neofaschisten mit rassistischem, ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt verhindern.

Wenn Neofaschisten auf die Straße gehen, sollte es die Aufgabe der Politiker und der älteren Generation sein, sich diesen gemeinsam mit den jungen Leuten, die der menschenverachtenden Ideologie der Neofaschisten entgegentreten wollen, entgegenzustellen.

Eine Diffamierung dieser jungen Leute und die Androhung von Polizeigewalt nutzen den Neofaschisten. Wenn die Politik Zivilcourage fordert, muss die Politik in aller Öffentlichkeit die unterstützen, die tagtäglich in ihrer Umgebung (z.B. gegen die wachsende Gewalt oder die Fremdenfeindlichkeit an den Schulen) Zivilcourage zeigen. Die „Politik“ darf sich dann nicht hinter wohlklingenden Bekundungen oder Resolutionen verschanzen, ohne im demokratischen Sinne zu *handeln*.

In diesem Sinne bitten wir Sie, sich aktiv gegen die Neofaschisten zu stellen und, falls es zu keinem endgültigen Verbot des neofaschistischen Auftritts kommt, die angemeldete Gegendemonstration zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Hacker
i.A. des SprecherInnenkreises VVN/BdA Kreisverband Augsburg

Anlagen:

Info über Demokratie Direkt e.V / Roland Wuttke aus dem *Antifaschistischen Informationsblatt 1/2004*
http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Kultur/040203_kulturzentrum/aib.htm

Dokumentation des Forum solidarisches und friedliches Augsburg unter
www.forumaugsburg.de/s_3themen/Antifa/040927_no-aufmarsch/artikel.htm

Verweise:

-
- i <http://www.neu-schwabenland.de/aktuell/pt018.htm>
- ii Einzig die Nationale Opposition hat das Wissen über die Unvermeidlichkeit des Niederganges. Ein Staat, der sich ein monströses Denkmal über die angeblichen Gräueltaten der Väter in die Mitte der Hauptstadt stellt, kann keine Perspektive haben, muss zwingend zum Spielball fremder Interessen und kapitalistischer Raubritter werden. [...]
Die Massenarbeitslosigkeit, eine unvermeidliche Folge des globalisierten Arbeitsmarktes, wird zunehmen. Gleichzeitig wird auch die Zahl der Versorgungsempfänger (Rentner, Kranke, Arbeitslose) zunehmen. Durch massenhafte Zahlungen an Volksfremde werden die Sozialsysteme zerbrechen. Die öffentlichen Kassen, schon jetzt hoffnungslos überschuldet, werden zahlungsunfähig. Die kommenden Jahre stehen im Zeichen von
- Enteignung der Durchschnittsbürger und deren Familien,
 - Massenarmut, vor allem von Erwerbslosen, Frauen und Kindern [...]
- http://d-direkt-deutschland.de/buerger_auf.htm
- iii Während die Masse der Deutschen den Gürtel immer enger schnallen muss und die Bedürftigsten unseres Volkes immer mehr verelenden, betreiben die Machthaber eine Politik für Ausländer, Großverdiener und Randgruppen. Wir brauchen deshalb endlich wieder eine Politik, die die Interessen des deutschen Volkes in den Mittelpunkt aller Bemühungen stellt. Deshalb fordern wir ein Ende der Lohnrückerei und Schutzzölle für im Ausland produzierte Waren. Wir fordern die Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimat. Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche.
<http://d-direkt-deutschland.de/veranstaltungen.htm>
- iv <http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2003/06/augsburg.php>
- v http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0046_kommunalwahl.htm
http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0078_kwahl_vorschlag.htm
- vi http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2004/5_B_392_04beschluss20040302.html
http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2001/5_B_585_01beschluss20010430.html
http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2001/5_B_832_01beschluss20010629.html
http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2001/5_B_492_01beschluss20010412.html
http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2001/5_B_496_01beschluss20010412.html
http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2001/5_B_395_01beschluss20010323.html